

Armin Gumny

Herausforderung Globalisierung – eine Replik

Der Beitrag „Herausforderung Globalisierung“ von Marcus-Christoph Durst/Joachim Pfeiffer in der Mai-Ausgabe der *Politischen Meinung* ist ein Plädoyer für die richtigen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Indem er aber auf rein sachliche Lösungen abstellt, behandelt er die politischen Herausforderungen strukturell unterkomplex und schafft damit entgegen seiner Intention vermutlich mehr Probleme als Lösungen.

Die Autoren skizzieren kurz den Globalisierungsbegriff, betonen die wachstumsfreundlichen Kräfte einer sich frei entfaltenden (Welt-)Wirtschaft, diskutieren thesenartig prominente Kritikpunkte der jüngeren Globalisierungskritik, sprechen sich für weitergehende Bemühungen im Bereich der Entwicklungshilfe aus und gehen danach zu den von ihnen für notwendig erachteten politischen Maßnahmen wie zum Beispiel Flexibilisierung/Deregulierung der Arbeitsmärkte, Reform der sozialen Sicherungssysteme sowie Verbesserung des Bildungs-, Forschungs- und Steuersystems über. Das alles ist richtig – aber auch belanglos, weil seit langem bekannt.

Interessanter als das gebetsmühlenartige Wiederholen weitgehend liberal akzentuierter finanz-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Projekte wäre die Frage, wieso diese seit langem geforderten Maßnahmen in Legislative und Exe-

kutive nicht umgesetzt werden (können). Dabei verschiebt sich der Fokus schnell von einer weitgehend wirtschaftswissenschaftlich unterlegten Debatte hin zu der politikwissenschaftlichen Frage, weshalb angesichts von Rekordarbeitslosigkeit, -verschuldung und anhaltend schwachem Wirtschaftswachstum ein Umdenken in der deutschen Bevölkerung bis heute nicht erkennbar ist.

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat gezeigt, dass es in der Bundesrepublik keine Mehrheit für marktwirtschaftliche Reformpolitik, wie sie von Durst/Pfeiffer vorgestellt worden ist, gibt. Angela Merkel hat daraufhin – gezwungen durch die Kräfteverhältnisse im Deutschen Bundestag – die Reichweite politischer Reformvorhaben reduziert und verfolgt nun eine Strategie inkrementeller Krisenpolitik. Aber auch ihr Koalitionspartner steht unter Druck: Das Führungspersonal der SPD ist weitgehend aufgebraucht, Profilierungschancen für Nachwuchskräfte sind infolge zahlreicher, verlorener Landtagswahlen kaum gegeben, und der Mitgliederrückgang ist ebenso alarmierend wie die Wahlergebnisse der Linken, bestehend aus PDS und WASG. Auf absehbare Sicht sind liberale Reformentwürfe (wie zum Beispiel die Agenda 2010) nicht zu erwarten. Das wiederum hat auch gravierende Auswirkungen auf die CDU. Die Niederlage in Rheinland-Pfalz hat gezeigt, dass eine programmatische Annäherung an die SPD ohne populäre Führungsfigur kaum vermittelbar ist. Der Spagat zwischen Stamm- und Wechselwäh-

lern wird sich zudem, bedingt durch kulturelle Modernisierung, demografischen Wandel und integrationspolitische Bemühungen der Bundesregierung, perspektivisch neuen Herausforderungen stellen müssen. Die Partei muss, um Globalisierung gestalten zu können, zunächst einmal einen Gestaltungsauftrag für sich einwerben. Und es ist keineswegs sicher, dass sich die „klassische“ Kooperation mit der FDP im Wahljahr 2009 als ausreichend attraktiv erweisen wird, sofern die FPD ein solches Bündnis überhaupt anstrebt. Mit Kurt Beck hätte die SPD einen erwiesenermaßen FDP-tauglichen Kanzlerkandidaten.

Neue Allianzen, zum Beispiel mit Bündnis 90/Die Grünen, gehören daher auf den Prüfstand. Zwischen einem konservativen Politikverständnis und nachhaltiger Finanz-, Familien-, Bildungs-, Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik, wie sie die Grünen fordern, muss nicht zwingend ein ideologisch unüberwindbarer Graben bestehen – ganz im Gegenteil. Aber es ist offensichtlich, dass neue Antworten einen erheblichen Erklärungsbedarf gegenüber der Parteibasis und der Stammwählerschaft mit sich bringen würden. Zudem wären, selbst bei gutem Willen aller Beteiligten, inhaltliche Kompromisse beziehungsweise „package deals“ unvermeidlich. Es ist daher zwingend notwendig, abstrakte gegen praktische Vernunft einzutauschen. Wer dies bedauert, gar solcherart strategisch akzentuierte Überlegungen der Parteien ignoriert und Regierungspolitik ohne Bezug auf machtpolitische Verhältnisse kommentiert, der argumentiert strukturell unterkomplex. Politik ist die Kunst des Machbaren. Und was machbar ist, leitet sich aus empirischen Mehrheitsverhältnissen und nicht aus wissenschaftlichem Idealismus ab.

Die Probleme des Landes sind alles andere als neu. Gleiches gilt für die Lösungsansätze entlang des Parteienspek-

trums. Die auch aus meiner Sicht notwendigen Umstrukturierungen, wie sie zum Beispiel von Durst/Pfeiffer eingefordert wurden, finden aber offenbar keine breite Resonanz in der Bevölkerung. Grund hierfür ist nicht ein Erkenntnis- oder Umsetzungsproblem, sondern ein Immunisierungsproblem. Die Problemlagen (zum Beispiel beim Haushalt) sind offensichtlich. Anstelle harter Einschnitte ergehen sich Bürger, Verbände, Parteien, Gewerkschaften und der Staat, wissend um die Probleme (!), in immer neuen und radikaleren Verteilungskämpfen. Die Intensität der Auseinandersetzung korreliert dabei negativ mit der Problemlösungsfähigkeit.

Wie soll dieser Kreislauf durchbrochen werden? Wir sind gut beraten, anders als Durst/Pfeiffer, nicht den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen. Nicht die normativen Diskussionen, ob Globalisierung „gut“ oder „schlecht“ ist oder ob Deutschland seinen Wohlstand offenen Märkten verdankt, ist für die Zukunftsfähigkeit zentral. Entscheidend ist, welche politischen Kräfte sich mit welchen Mehrheiten absehbar durchsetzen, wie sich die Parteien darauf einstellen, wie die Bevölkerung dies aufnimmt und welchen Akteuren der Mut und die Kraft zu Innovationen zugetraut wird. Die Politik braucht keine programmatische Nachhilfe in plakativer Form. Sie kennt die Probleme ebenso wie die verschiedenen, strittigen Lösungsstrategien. Solange Debattenbeiträge immer wieder von einem abstrakt wünschenswerten Mitteleinsatz ausgehen, ohne dabei gleichzeitig die vieles relativierenden und verkomplizierenden spezifischen Handlungsanforderungen des Systems „Politik“ zu bedenken, so lange werden Erwartungshaltungen in der Öffentlichkeit kultiviert, die kaum erfüllbar sind und die die politischen Gestaltungsmöglichkeiten im Umgang mit Globalisierung eher gefährden als fördern.